Geschäftsverzeichnismrn. 2401, 2402 und 2417
Urteil Nr. 112/2003 vom 17. September 2003

URTEILSAUSZUG

In Sachen: Präjudizielle Fragen in bezug auf die Artikel 1 und 97 bis 102 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, gestellt vom Arbeitsgerichtshof Brüssel.

Der Schiedshof,

zusammengesetzt aus den Vorsitzenden M. Melchior und A. Arts, und den Richtern L. François, P. Martens, R. Henneuse, M. Bossuyt, E. De Groot, L. Lavrysen, A. Alen, J.-P. Snappe, J.-P. Moerman und E. Derycke, unter Assistenz des Kanzlers L. Potoms, unter dem Vorsitz des Vorsitzenden M. Melchior,

verkündet nach Beratung folgendes Urteil:

*

* *

I. *Gegenstand der präjudiziellen Fragen und Verfahren*

a. In zwei Urteilen vom 21. März 2002 in Sachen F. Bas gegen das Öffentliche Sozialhilfezentrum Brüssel bzw. A. Bas und B. Yildiz gegen das Öffentliche Sozialhilfezentrum Brüssel, deren Ausfertigungen am 29. März 2002 in der Kanzlei des Schiedshofes eingegangen sind, hat der Arbeitsgerichtshof Brüssel folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Ist es im Sinne der Artikel 10 und 11 der Verfassung diskriminierend, Artikel 1 des ÖSHZ-Gesetzes dahingehend zu interpretieren, daß die Sozialhilfe, falls sie gewährt werden kann, nicht mit Rückwirkung bis zum Datum des Antrags gewährt werden kann, während dies für das Existenzminimum wohl der Fall ist? »

b. In seinem Urteil vom 17. April 2002 in Sachen S.J. Tchunte gegen das Öffentliche Sozialhilfezentrum Brüssel und den Belgischen Staat und in Sachen des Öffentlichen Sozialhilfezentrums Brüssel gegen S.J. Tchunte, dessen Ausfertigung am 23. April 2002 in der Kanzlei des Schiedshofes eingegangen ist, hat der Arbeitsgerichtshof Brüssel folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Ist es im Sinne der Artikel 10 und 11 der Verfassung diskriminierend, die Artikel 97 bis 102 des Gesetzes vom 8. Juli 1976 dahingehend zu interpretieren, daß die ÖSHZ, außer in den in den Artikeln 98 § 1 Absatz 3 und 99 § 1 desselben Gesetzes bestimmten Fällen, die Kosten der Sozialhilfe nicht bei den Empfängern zurückfordern können, wenn die Leistungen zu Unrecht gewährt worden sind, während für das Existenzminimum keine ähnliche Beschränkung der Rückforderung von zu Unrecht ausgezahlten Beträgen vorgesehen ist? »

(...)

III. *In rechtlicher Beziehung*

(...)

B.1.1. In den präjudiziellen Fragen, die sich auf gewisse Bestimmungen des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren beziehen, wird der Hof gebeten, die Lage der Personen, die Sozialhilfe erhalten oder erhalten haben, mit derjenigen der Personen zu vergleichen, die das Existenzminimum erhalten oder erhalten haben. Die Fragen betreffen den etwaigen Anspruch auf Nachzahlungen von Sozialhilfe sowie die Möglichkeit der Rückforderung von zu Unrecht als Sozialhilfe gezahlten Beträgen.

B.1.2. Das Gesetz vom 7. August 1974 zur Einführung des Rechts auf ein Existenzminimum wurde durch Artikel 54 des Gesetzes vom 26. Mai 2002 abgeändert, der das Recht auf ein

Existenzminimum durch das Recht auf soziale Eingliederung ersetzt hat. Auf die Bitte des Hofes hin haben die Parteien ihre Standpunkte zur Auswirkung dieser Änderung auf die präjudiziellen Fragen mitgeteilt.

B.1.3. Dem Hof wird die Frage nach der Vereinbarkeit der Artikel 1, 97 bis 102 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung gestellt, weil im vorliegenden Fall die Sozialhilfe nicht ab dem Datum des Antrags gewährt werden könne, während dies für das Existenzminimum der Fall sei. Da die Frage der Rückwirkung der Sozialhilfe sich auf den Zeitraum vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 26. Mai 2002 bezieht, muß die gegebenenfalls diskriminierende Beschaffenheit der beanstandeten Bestimmung durch den Vergleich mit dem damals geltenden Gesetz über das Existenzminimum geprüft werden. Im Gegensatz zu den Darlegungen des Ministerrates ist die Antwort auf diese Frage weiterhin sachdienlich, um den Streitfall vor dem verweisenden Richter zu lösen.

In bezug auf die erste Frage

B.2.1. In der ersten präjudiziellen Frage wird der Hof nach dem Behandlungsunterschied gefragt, der sich nach Einschätzung des verweisenden Rechtsprechungsorgans aus Artikel 1 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren zwischen den Empfängern von Sozialhilfe und den Empfängern des Existenzminimums hinsichtlich der Gewährung von Nachzahlungen ergebe.

B.2.2. Artikel 1 des vorgenannten Gesetzes vom 8. Juli 1976 bestimmt:

« Jede Person hat ein Anrecht auf Sozialhilfe. Der Zweck dieser Sozialhilfe besteht darin, jedem die Möglichkeit zu bieten, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Es werden öffentliche Sozialhilfezentren geschaffen, die unter den durch vorliegendes Gesetz festgelegten Bedingungen die Aufgabe haben, diese Hilfe zu gewährleisten. »

Das verweisende Rechtsprechungsorgan interpretiert diese Bestimmung dahingehend, daß sie impliziert, daß die Sozialhilfe, wenn der Betreffende anspruchsberechtigt ist, nicht « mit Rückwirkung bis zum Datum des Antrags » gewährt werden kann.

B.2.3. Artikel 9 § 2 des Gesetzes vom 7. August 1974 zur Einführung des Rechts auf ein Existenzminimum bestimmte jedoch, daß « die Beschlüsse zur Gewährung oder Erhöhung eines Existenzminimums, die aufgrund eines vom Betreffenden eingereichten Antrags gefaßt werden, [...] ab dem Tag des Empfangs dieses Antrags [gelten] ».

B.2.4. In der Auslegung, die das verweisende Rechtsprechungsorgan Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1976 vermittelt, gibt es also einen Behandlungsunterschied zwischen den beiden Kategorien von Anspruchsberechtigten.

B.3.1. Obwohl die Gewährung des Existenzminimums und der Sozialhilfe den öffentlichen Sozialhilfezentren anvertraut wurde, gibt es zwischen den beiden Regelungen objektive Unterschiede bezüglich der Zielsetzung und der Bedingungen der Gewährung sowie hinsichtlich der Beschaffenheit und der Höhe der gewährten Unterstützung.

B.3.2. Gemäß dem Gesetz vom 7. August 1974 wird das Existenzminimum denjenigen gewährt, die nicht über ausreichende Existenzmittel verfügen und nicht in der Lage sind, sich diese entweder durch eigenes Bemühen oder auf andere Weise zu verschaffen (Artikel 1 § 1). Sie bezweckt, jeder Person, die nicht für ihren Unterhalt sorgen kann, weder durch Arbeit noch durch andere Zulagen oder durch eigene Einkünfte gleich welcher Art, oder für die diese Einkünfte unzureichend sind, ein annehmbares Minimum an Einkünften zu garantieren.

Das Gesetz vom 8. Juli 1976 sieht vor, daß jede Person ein Anrecht auf Sozialhilfe hat (Artikel 1). Der Gesetzgeber verleiht ihr eine breitere Zielsetzung, indem er vorsieht, daß sie darauf abzielt, « jedem die Möglichkeit zu bieten, ein menschenwürdiges Leben zu führen »; im übrigen legt der Gesetzgeber nicht fest, unter welchen Bedingungen diese Sozialhilfe gewährt wird.

B.3.3. Als Konsequenz dieser Zielsetzungen sind die Beschaffenheit und die Höhe der gewährten Unterstützung ebenfalls unterschiedlich, je nachdem, ob es sich um die Gewährung des Existenzminimums oder um Sozialhilfe handelt.

Das Existenzminimum ist eine finanzielle Unterstützung in Höhe eines Betrags, der gesetzlich festgelegt ist und von der Familiensituation des Betroffenen abhängt. Wenn es gewährt wird, berücksichtigt man die anderen Einkünfte des Anspruchsberechtigten und kann denjenigen der mit ihm zusammenwohnenden Personen und seines Ehepartners Rechnung getragen werden.

Die gemäß Artikel 57 des Gesetzes vom 8. Juli 1976 gewährte Sozialhilfe kann gleich welche Unterstützung in Form von Geld oder *in natura* sein, sowohl palliativ, als auch heilend oder vorbeugend (Artikel 57 § 1 Absatz 2); die Hilfe kann materiell, sozial, ärztlich, medizinisch-sozial oder psychologisch sein (Artikel 57 § 1 Absatz 3); des weiteren ist vorgesehen, daß die materielle Hilfe in der geeignetsten Form gewährt wird (Artikel 60 § 3).

B.4. Die unterschiedliche Zielsetzung und Beschaffenheit der beiden Formen von Unterstützung rechtfertigt es, daß der Gesetzgeber nicht vorgesehen hat, daß die Sozialhilfe ab dem Antragsdatum gewährt wird, da er die öffentlichen Sozialhilfezentren beauftragt hat, das Ausmaß des Bedarfs zu beurteilen und die am besten geeignete Maßnahme zu wählen, um ihn zu diesem Zeitpunkt zu decken.

B.5. Aus den vorstehenden Erwägungen ergibt sich, daß es dem betreffenden Zentrum und im Konfliktfall dem Richter obliegt, über das Vorhandensein eines Bedarfs an Hilfe und über dessen Ausmaß zu entscheiden sowie « die am besten geeigneten Mittel, um ihn zu decken, » zu wählen. Es gibt nämlich keine Gesetzesnormen, die festlegen, in welchem Maße und in welcher Form die Sozialhilfe gewährt werden muß. Somit kann ein öffentliches Sozialhilfezentrum innerhalb der Grenzen seines gesetzlichen Auftrags eine Hilfe gewähren, um die noch bestehenden Auswirkungen einer vorherigen nicht menschenwürdigen Existenz zu beheben, sofern sie den Betroffenen daran hindern, fortan ein menschenwürdiges Leben zu führen.

B.6. Selbst wenn die Sozialhilfe konkret in Form einer Überweisung in Höhe des Existenzminimums erfolgt, behält sie eine unterschiedliche Beschaffenheit. Es ist nicht diskriminierend, wenn der Gesetzgeber für das Existenzminimum ausdrücklich vorgesehen hat, daß der Beschluß über die Gewährung am Tag des Antrags wirksam wird, während er für die Sozialhilfe nicht eine identische Bestimmung angenommen hat. Die pauschale Beschaffenheit des Existenzminimums hindert das Zentrum oder den Richter nämlich daran, es der konkreten Situation des Empfängers anzupassen, während die Sozialhilfe von ihrer Beschaffenheit her ein

Instrument ist, das dem tatsächlichen und aktuellen Bedarf eines jeden Empfängers angepaßt werden muß.

B.7. Die erste präjudizielle Frage ist verneinend zu beantworten.

In bezug auf die zweite Frage

B.8. Die zweite präjudizielle Frage bezieht sich auf das Recht der öffentlichen Sozialhilfezentren, Beträge, die in Ausführung eines Urteils als Sozialhilfe gewährt wurden, zurückzufordern, wenn dieses Urteil später in der Berufungsinstanz abgeändert wird. Das verweisende Rechtsprechungsorgan ist der Auffassung, daß die Sozialhilfe in diesem Fall zu Unrecht gezahlt worden sei und die Artikel 97 bis 102 des Gesetzes vom 8. Juli 1976 die öffentlichen Sozialhilfezentren daran hinderten, diese zu Unrecht gezahlten Beträge zurückzufordern.

B.9. Das verweisende Rechtsprechungsorgan erklärt in seinem Urteil zur Befragung des Schiedshofes, daß « das ÖSHZ Brüssel die Frage der Rückforderung von zu Unrecht in Ausführung des angefochtenen Urteils gezahlten Beträgen nicht aufwirft », doch es bemerkt, daß « die Frage insbesondere für den Belgischen Staat dennoch von Bedeutung zu sein scheint ». Es fügt hinzu, daß « man in der Praxis davon ausgehen kann, daß es kaum eine reale Möglichkeit gibt, tatsächlich die Rückzahlung der zu Unrecht gezahlten Beträge zu erreichen ». Das verweisende Rechtsprechungsorgan befragt dennoch den Hof, « um mehr Klarheit zu erlangen und nach Möglichkeit etwaige spätere Kontroversen zu vermeiden oder zu begrenzen ».

B.10. Da die Antwort auf die präjudizielle Frage nicht sachdienlich ist für die Lösung des vor dem verweisenden Rechtsprechungsorgan anhängigen Streitfalls, ist diese Frage nicht zu beantworten.

Aus diesen Gründen:

Der Hof

erkennt für Recht:

- Indem Artikel 1 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren nicht bestimmt, daß die Sozialhilfe für die Zeit ab dem Datum des Antrags gewährt wird, verstößt er nicht gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung.

- Die zweite präjudizielle Frage bedarf keiner Antwort.

Verkündet in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, in der öffentlichen Sitzung vom 17. September 2003.

Der Kanzler,

Der Vorsitzende,

(gez.) L. Potoms

(gez.) M. Melchior